

# Wer bestimmt eigentlich, welcher Demonstrant ein Extremist ist?

Von Claudia Marsal

Dr. Michael Andrick, studierter Philosoph aus Berlin, kommt es so vor, „als würde der Staat sich wappnen, gegen seine Bürger vorzugehen.“ Darüber kann man mit dem Manager demnächst diskutieren.

**MALCHOW.** In der Uckermark finden sich seit Monaten immer mehr Menschen zusammen, um gegen die Regierungspolitik zu protestieren. Die Teilnehmer lassen sich nicht einschüchtern, obwohl man den Bundeskanzler jüngst auf Twitter so verstehen konnte, dass er Kritiker der Regierung als Extremisten, Querdenker und Verfassungsfeinde sieht und ihnen mit der „Wehrhaftigkeit“ des Staates droht. Die Journalistin Milena Preradovic bat Dr. Michael Andrick kürzlich in einem vielbeachteten Interview im Gesprächsformat „Punkt.Preradovic“, diese Scholz-Äußerung einmal als studierter Philosoph zu bewerten. Der Manager wird in wenigen Tagen auch zu einer Gesprächsrunde in der Uckermark erwartet.

Bevor Andrick zu Wort kam, spitzte Preradovic ihre Schilderungen noch weiter zu und vermutete, dass die Deutschen ihrem Kanzler Drohungen gegen die eigene Bevölkerung wohl durchgehen lassen werden: „Brave Bürger und die Medien haben sich längst an diese ‚neue Demokratie‘ gewöhnt. Die Institutionen spielen mit. [...] Was passiert mit einer Gesellschaft, in der Hinterfrä-



Dr. Michael Andrick hat mit seinen oft kontroversen Standpunkten für Aufsehen gesorgt. Am Freitag, dem 11. November, ist der studierte Philosoph in der Kirche Malchow zu Gast. FOTO: PRIVAT

gen und Denken zum Delikt werden und Gehorsam zur solidarischen Pflicht?“

Solche Fragen hat Michael Andrick – ein Vater dreier Töchter aus Berlin, der seit 2006 in Großunternehmen arbeitet – bereits seit fast zwei Jahren in seinen oft kontroversen Texten aufgeworfen. So forderte er schon im Oktober 2021 in der „Berliner Zei-

tung“ wegen Verdachts auf „staatliches Unrecht“ einen Untersuchungsausschuss zur Coronapolitik, wie er jetzt gerade zum Beispiel in Italien eingerichtet wird. Er ist überzeugt: Nur ein solcher Ausschuss „und seine kritische öffentliche Begleitung können die Gewaltenteilung in Deutschland rehabilitieren.“ Im „Deutschlandfunk-

Kultur“ beleuchtete er im Januar 2022, wie Meinungen abseits der Lockdown- und Einschränkungspolitik ganz offiziell als moralisch minderwertig denunziert würden. Das sei gefährlich für uns alle: „Die ‚Rechtgläubigen‘ stoßen die ‚Leugner‘ ihres Glaubens durch moralische Verdammung aus dem Kreis der legitimen Dis-

kutanten. Die Gemeinschaft der Diskutanten aber ist die Republik. Wer als moralisch Unwürdiger aus der Diskussion gestoßen wird, dem (und seinesgleichen) wird das Gemeinwesen, die Republik, aufgekündigt.“

Zuletzt sorgte sein Text „Hat unser Staat totalitäre Tendenzen?“ aus der Wochenzeitung „Freitag“ für Aufsehen, in dem Andrick die Behandlung von Kindern und Jugendlichen in der Coronapolitik sowie die einrichtungsbezogene Impfpflicht als „punktuell totalitäre“ Politik bewertete, die dringend aufgearbeitet beziehungsweise gestoppt gehöre.

Für Andrick, dessen letztes Buch „Erfolgsleere – Philosophie für die Arbeitswelt“ den Jürgen Moll-Preis für verständliche Sprache in der Wissenschaft erhielt, dürfte es also kein Wunder sein, dass viele sich nicht mehr repräsentiert sehen und auf die Straße gehen.

Bezugnehmend auf die anfangs genannte Twitter-Drohung an Demonstranten mit dem „wehrhaften“ Staat erwiderte Andrick im Interview mit Preradovic: „Da stellt sich doch die Frage: Wer interpretiert eigentlich, welcher Demonstrant ein Verfassungsfeind, Querdenker oder Extremist ist? Da muss es ja jemanden geben, der das entscheidet. Diese drei Begriffe sind politische Kampfbegriffe“. Sie laden für Andrick zu willkürlichen, politisch motivierten Interpretationen ein. Ziehe man auch in Betracht, dass der Kanzler dies vor der Polizeigewerkschaft äußerte, wachse sein Unbe-

hagen noch. Es komme ihm vor, „als würde der Staat sich wappnen, gegen seine Bürger vorzugehen.“

Auch zur Arbeit des Bundesverfassungsgerichtes äußerte Andrick sich besorgt. Das höchste Gericht, das mit Stephan Harbarth nun von „einem Parteikarrieristen aus der Merkel-Ära“ geleitet werde, habe „bei mehreren Gelegenheiten einen sehr bedenklichen Schachzug gemacht“ und sich „überhaupt nicht eigenständig von Grund auf ein Urteil über die Sachverhalte“ gebildet, über die es zu urteilen hatte.

Die Coronapolitik der Bundesregierung beispielsweise wurde als legitim bezeichnet, aber mit Bezug auf Quellen, wie die Wochenberichte des Robert Koch-Instituts, die eindeutig unter Regierungseinfluss des Bundesgesundheitsministers stehen. Die „Sprache der Regierungskommunikation“ sei herangezogen worden, um zu rechtfertigen, warum die Regierungspolitik legitim gewesen sei. „Man prüft also Normen, indem man sich auf Formulierungen derer bezieht, die man überprüfen soll“, so Andrick. Das sei letztlich eine Kollaboration des Bundesverfassungsgerichts mit der Regierungspolitik. „Wenn das die Praxis bleibt“, so schließt Andrick, „dann ist das für die Gewaltenteilung fatal.“

Michael Andrick ist am Freitag, dem 11. November, ab 18 Uhr in der Kirche von Malchow zu erleben.

Kontakt zur Autorin  
c.marsal@nordkurier.de